

Arbeitszeitverkürzung – Uralte und aktuelle Forderung gegen Ausbeutung



Jeder merkt es: Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in diesem Land verschlechtern sich. Davon sind besonders Jugendliche betroffen. Diejenigen, die Vollzeit arbeiten, müssen das immer länger und unter hohem Druck. Dagegen ist die Zahl junger Menschen in regulärer Vollzeitbeschäftigung rückläufig. Ihr Arbeitsleben ist geprägt durch unfreiwillige Kurzarbeit, Leiharbeit, Praktika, befristete Stellen und Mini- oder andere Jobs im Niedriglohnssektor. Ihr Lohn reicht kaum zur Existenzsicherung, in Krisenzeiten sind sie die ersten, die vor die Tür gesetzt werden.

Jugend in der Krise

Nur ein Drittel der Ausgelernten hat heute eine Chance auf Übernahme. Alle anderen landen nach der Ausbildung in der Arbeitslosigkeit oder in prekärer Beschäftigung. Junge Erwachsene im Alter zwischen 25 und

29 Jahren sind mit 17 Prozent Spitzenreiter bei der Arbeitslosenquote. Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen bis 24 Jahre war 2011 laut IG Metall befristet oder in Leiharbeit beschäftigt bzw. wurde in einer sogenannten Maßnahme festgehalten. Die fast eine Million Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdienen im Schnitt 30 Prozent weniger als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen.

Alle gemeinsam

In der Krise konnten durch massenhafte Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten und Ausbau der Teilzeitbeschäftigung viele Arbeitsplätze erhalten werden. Leider auf Kosten der Beschäftigten, die mit hohen Lohnseinbußen zahlen mussten.

Weniger Arbeit bei vollem Lohn- und

Personalausgleich hilft allen: den Erwerbslosen und Beschäftigten; den Jungen, die keine Arbeit finden bzw. dem Heuern und Feuern ausgesetzt sind; Berufstätigen, die bei der ständigen Arbeitsverdichtung nicht mehr mithalten können und die Rente in weite Ferne rückt.

Der Kampf um die zunächst 35- und dann 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist deshalb ein generationsübergreifender Kampf. Er ist gelebte Solidarität und ein Kampf, den alle gemeinsam führen müssen. Damit ist es auch ein Kampf, der aus der gewerkschaftlichen Defensive herausführen kann, ein Kampf mit politischem Mandat, der die gesamte Bevölkerung betrifft. Tarifverhandlungen allein werden nicht zum Ziel führen, der politische Streik wird womöglich gebraucht.

Machtfrage gestellt

Keine Finanzierung durch die öffentliche Hand, keine Lohnseinbußen der Beschäftigten sollen dafür herhalten. Es geht um eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, also zu Lasten des Großkapitals. Freiwillig wird da nichts passieren. Diese Forderungen lassen sich nur dann durchsetzen, wenn sich breiter Widerstand entwickelt und genügend Druck aufgebaut wird. Dabei ist die Arbeiterjugend genauso gefragt wie die Arbeiterklasse insgesamt. Hier ist die Machtfrage gestellt; mit Blick auf die Perspektive der Jugend, stellt sich auch die Systemfrage.



Kinderferienfahrt 2012

Berge statt Meer



Bislang sind wir immer an die französische Kanalküste gefahren, 2 Wochen lang. In diesem Jahr liegen die Ferien aber derart ungünstig, dass die meisten Studenten mitten in den Prüfungen stecken, und damit die meisten unseres Betreuerteams auch. Daher fahren wir leider nur **eine Woche** weg. Und zwar in den **schönen Harz**. **Vom 28.07.2012 bis 04.08.2012** bietet der Verein für Kinderferienfahrten in Zusammenarbeit mit der DKP wieder eine günstige Ferienfahrt an.

Bärendelle: Bürgerzentrum für die Bürger

Ende Juli 2011 wurde der Schulbetrieb in der Hauptschule Bärendelle in Essen-Frohnhausen eingestellt. Die SPD Frohnhausen machte sich Gedanken, wie man „eine realistische Perspektive für die Bärendelle“ findet, wobei „man stets vor Augen hat, dass die Stadt pleite ist. Man sollte eine Nutzung einplanen, die die Kosten [...] verringert.“ Wie das im konkreten aussieht, darüber gibt eine Vorlage der Partei Aufschluss. Hier ist die Rede von einem Verwaltungs- und Kulturzentrum einerseits, aber auch von privaten Investoren, wie der Wohnbau EG oder anderen, die in der ehemaligen Schule Loft- und/oder Mehrgenerationen-Wohnungen ausbauen sollen.

Weiter ist beschrieben, dass alle Ämter und Behörden in Frohnhausen (zum Beispiel das Bürgeramt Freytagstraße), die in angemieteten Gebäuden sitzen, in der Bärendelle konzentriert werden könnten. Auch die Stadtteilbibliothek käme dazu. Der Platz, der noch überbleibt, würde mit einer privaten Gastronomie gefüllt und



Die ehemalige Hauptschule Bärendelle in Frohnhausen – für ein Bürgerzentrum bestens geeignet.

was dann noch überbleibt (also der Keller und das Dachgeschoss) könnte evtl. für kulturelle Zwecke wie Proberäume für Bands oder Theatergruppen oder ähnliches genutzt werden. Viele solcher Gruppen sind ja nach der Schließung des Jugendzentrums Papestraße „obdachlos“.

Was? Ein Bürger- und Kulturzentrum sollte nach unserer Meinung wesentlich mehr sein, als ein erweitertes Bürgeramt mit Kneipe und ein paar Kellerprobieräumen! Wenn (was nach der Vorlage im Bezirk III sogar wahrscheinlicher ist) das Gebäude nicht sogar an private Investoren verhökert wird. Ein Bürgerzentrum Bärendelle muss kostenlosen Raum für die Menschen im Stadtteil schaffen, wo diese ihre Freizeit verbringen können. Das ist doch genau das, was uns am meisten fehlt! Schenken werden sie es uns nicht. Deshalb wird sich die DKP auch in Zukunft für solche Zentren einsetzen. Am liebsten gemeinsam mit allen Bewohnern des Stadtteils.



**Patrik Köbele, stellvertr.
Bundesvorsitzender der DKP**

Die „rot“-grüne Minderheitsregierung in NRW ist gestürzt. Gestürzt über die dauernde Politik, links zu blinken und rechts abzubiegen. Die Linke hörte endlich auf, Kröten zu schlucken und die Rössler-FDP hat sich (hoffentlich) verkalkuliert. Diese Regierung verpackte Maßnahmen des Kahlschlags mit schönen Titeln, bestes Beispiel ist das Stärkungspaket für die in die Pleite getriebenen Kommunen. „Finanzhilfen“ werden benutzt, um die Kommunen zu weiterem Kahlschlag zu zwingen.

Bewegung tut Not

Nein, die ehemalige Landesregierung hat

Am 13. Mai ist Landtagswahl

keine soziale Politik gemacht, deswegen weinen wir ihr keine Träne nach. Sie hat kein Sozialticket durchgesetzt, das den Namen auch verdient. Sie hat nicht mehr kostenlose Bildung für alle geschaffen, stattdessen noch mehr Schulformen. Mit dem Ausbau der Kita-Plätze für unter 3-Jährige hinkt NRW hinterher. Die Linke ist dabei nicht unschuldig. Veränderungen im Parlamentssaal, in den Hinterzimmern der Politik zu erreichen, dieser Plan ging schief. Viele richtige Forderungen blieben stecken und wurden nicht auf die Straße getragen. Linke Politik muss darauf orientieren, Menschen in Bewegung für ihre Interessen zu bringen. Dazu können Parlamentssitze nützen, ersetzen können sie dies nicht.

Das Kreuz mit dem Kreuz

Das trifft auch für die kommende Landtagswahl zu. Natürlich kann/soll man sein Kreuzchen machen. Mit dem Kreuz allein ist es aber nicht getan. Unsere Stimmen müssen wir erheben bei den notwendigen Protesten gegen die unsoziale Politik in unserem Land, gegen Kriege und Umweltzerstörung. Bei der DKP werden Sie diesmal kein Kreuz machen können. In der Kürze der Zeit war das für uns nicht zu schaffen, auch weil die undemokratischen Gesetze kleinen Parteien zusätzlich Hürden für eine Kandidatur in den Weg legen. Was also tun? Auf der Straße die Stimme erheben und das Kreuz dort machen, wo zumindest die meisten Forderungen stimmen und das ist die Partei die Linke. Keine Stimme den Nazis!

Geheime Schließungspläne für Bibliotheken

Die Rotlicht-Redaktion erhielt aus zuverlässiger Quelle die Information, dass es bereits konkrete Schließungspläne für die Stadtteilbibliotheken in Stoppenberg, Kray und Frohnhausen gibt. Derzeit werden diese Pläne, möglicherweise wegen der anstehenden Wahlen, noch unter Verschluss gehalten. Ausgedünnt

werden aber bereits Krankheitsvertretungen und Ähnliches. Klar, die führt zu kurzfristigen Schließungen mit der Folge von geringeren Ausleihzahlen. Diese sollen dann als Begründung herhalten. Die DKP sagt: Hände weg von den Bibliotheken, gerade in armen Stadtteilen brauchen wir die Ausweitung der Öffnungszeiten.

Nicht die Griechen, die Banken bekommen Milliarden

Unsere Kommunen sind pleite, ständig wird gekürzt. Plötzlich steht wieder der Solidaritätszuschlag in der Kritik. Es ist eine falsche Debatte und sie soll ablenken. Sie soll die Menschen gegeneinander aufhetzen. Genauso funktioniert das in der Euro-Krise. Man will uns weismachen, es gäbe die faulen Griechen, Spanier, Italiener, Portugiesen usw. und die bekommen von uns das Geld. Hier werden wir manipuliert und die Herrschenden freuen sich, dass es so gut funktioniert.

Ist es nicht eher so, dass „Otto-Normalo“ aus unserem Land keine Verantwortung trägt für die Pleite Griechen-

lands? Ist es nicht so, dass die einfachen Menschen in Griechenland und anderswo nichts dafür können, dass sich die BRD-Schulden erhöhen, weil angeblich ihr Land gerettet wird? Haben denn die Ostdeutschen selber den Soli gefordert? Wer das alles vorantreibt, sind doch die, die daran verdienen – und zwar Milliarden. Die Banken ganz vorne. Sie vergeben die Kredite zu unverschämten hohen Zinsen an diese Länder, aber auch an unsere Kommunen.

So wird die Wirtschaft mittels Spardiktaten abgemurkst – hier und dort. Der permanente Rettungsfond ESM heißt nur so, wirklich retten soll er nicht. Im

Gegenteil. Die Menschen in diesen Ländern erleben gerade die härtesten Sparmaßnahmen ihrer sozialen Systeme, hohe Einschnitte bei Löhnen und Gehältern. Haben sie wirklich über ihre Verhältnisse gelebt? Nein. Wir leben unter unseren Verhältnissen! Es ist Zeit, ordentliche Lohnsteigerungen zu fordern, es ist Zeit, Geld für die Kommunen zu fordern, für Kitas und Schulen usw.

Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Geld ist nämlich da, viele Milliarden bei den Banken. Die uralte Forderung der DKP, Banken zu vergesellschaften, ist heute aktueller denn je.

Jugendlicher vor Essener Grugahalle von Polizei erschossen!

Vor 60 Jahren, am 11. Mai 1952, kamen 30.000 junge Menschen aus der ganzen Bundesrepublik in Essen zu einer Jugendkarawane zusammen.

Die Jugendkarawane war eine gemeinsame Initiative von Jugendverbänden verschiedener politischer Richtungen. Sie demonstrierten gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands.

Regierungsbehörden verboten die Friedensdemonstration unter fadenscheinigen Gründen nur wenige Stunden vor Beginn, die Jugendlichen waren schon nach Essen unterwegs. Gegen sie wurde mit einem riesigen Polizeiaufgebot und dem Einsatz von Waffengewalt vorgegangen. Polizisten erschossen den 21-jährigen Kommunisten Philipp Müller, einen Arbeiter aus München. Er war das erste Todesopfer

des kalten Krieges in Deutschland. Dutzende weitere Menschen wurden an diesem Tag, der als Essener Blutsonntag in die Geschichte einging, verletzt, zwei von ihnen erlitten schwere Schussverletzungen.

Keiner der Polizisten wurde je angeklagt, auch der Mörder Philipp Müller musste sich nie vor Gericht verantworten.

Wogegen Philipp Müller demonstriert hat ist heute traurige Realität:

Wir erleben, dass Deutschland wieder als imperiale Großmacht auftritt.

Die Bundeswehr war beteiligt an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien und sie führt seit 10 Jahren Krieg in Afghanistan.

Die Jugendkarawane von 1952 wollte ein entmilitarisiertes Deutschland und

damit die Lehren aus zwei Weltkriegen ziehen. Nie wieder Krieg – dieses Anliegen Philipp Müllers ist heute hochaktuell.

Kommt zur Kranzniederlegung am 11.05.2012 um 17.30 Uhr, Rüttenscheider Brücke

Beats against militarism

Gedenkkonzert für Philipp Müller 11.5.2012, 19.00 Uhr Weststadthalle

Kommt zur Gedenkdemo für Philipp Müller am 12.5.2012



Hartz IV: Optionskommune Essen

Vor einem Jahr schrieb die NRZ: Essen hat den Zuschlag als so genannte Optionskommune bekommen. Fachleute und Selbsthilfegruppen hatten bereits früh davor gewarnt, dass mit diesem Modell vor allem die Kosten der Unterkunft zu einem Spielball der Kämmerer, die Gewährung von Leistungen also von der Kassenlage abhängig gemacht werden könnte.

Fortsetzungsanträge werden nicht mehr verschickt!

Kürzlich wurde sogar ein Missstand bekannt, der im schlechtesten Falle zur massenhaften Verzögerung der Auszahlung

des Alg II führen könnte: Seit Einführung von Hartz IV wurden diese Leistungen jeweils für 6 Monate gewährt. Vor Ablauf dieses Zeitraums musste ein „Weiterbewilligungsantrag“ eingereicht werden. Das mehrseitige Formular nebst Anlagen wurde den Betroffenen vom Job-Center per Post zugestellt. Dieses Verfahren ist eingestellt – ohne die Betroffenen zu informieren! In einigen städtischen Schaukästen gibt es lediglich einen Aushang, in dem auch gleich mit Leistungskürzung bei verspäteter Antragstellung gedroht wird. Für die Betroffenen eine Katastrophe.

Bearbeitungsrückstände bis zum Sommer

Nun räumt auch Jobcenter-Chef Dietmar Gutschmidt ein, dass es Probleme mit der Software und entsprechende Bearbeitungsrückstände gebe. Aber keine Ankündigung, dass die Tausenden anderen Betroffenen in Essen nun informiert würden. Wer sich Wartezeit bei der Abholung eines Alg II-Weiterbewilligungsantrags ersparen will, kann diesen auch im Internet abrufen: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Vordrucke/A07-Geldleistung/Publikation/Weiterbewilligungsantrag-Arbeitslosengeld-II.pdf>

Heinz-W. Hammer

8. Mai – Tag der Befreiung vom Faschismus



Nachdem die Armee der Sowjetunion am 27. Januar 1945 das KZ Auschwitz-Birkenau befreite, marschierte sie auf die damalige Reichshauptstadt Berlin. Hitler schickte noch tausende Jugendliche, fast Kinder noch, zur angeblichen Verteidigung in den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt war die Niederlage Nazi-Deutschlands bereits abzusehen. Hitler tötete sich schließlich am 30. April in seinem Bunker in Berlin selbst. Die Rote Armee marschierte in Berlin ein, beendete die restlichen Kampfhandlungen und hisste die Rote Fahne auf dem Reichstagsgebäude. Am 8. Mai, um 23.01 Uhr trat die bedingungslose Kapitulation Deutschlands in Kraft.

Millionen von Menschen verloren im 2. Weltkrieg ihr Leben. Darunter auch zahlreiche Rotarmisten, Partisanen & Widerstandskämpfer. Sie gaben ihr Leben, damit wir in Frieden und ohne Tyrannei, ohne Rassismus und Faschismus leben können.

Der Schoß ist fruchtbar noch ...

... 67 Jahre danach scheinen bei manchen die Lehren aus dem 2. Weltkrieg fast vergessen. Ex-Bundespräsident Köhler sprach offen aus, was andere Politiker und Kapitalvertreter nur denken, er sprach von der „notwendigen Sicherung deutscher Rohstoffinteressen im Ausland auch mit militärischen Mitteln!“ Und auch die braunen Horden kommen wieder aus den Löchern, marschieren, hetzen, üben Terror und Gewalt, bis hin zum Mord, aus. Und wieder schauen Politik und Staatsapparat weitgehend zu.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Altenessen ist bunt! Unseren Stadtteil muss „nazifreie Zone“ werden.

Kundgebung am 8. Mai 2012, um 18:00 Uhr

Altenessen (Altenessener Str. /Winkhausstr.)

Protestkundgebung gegen die „Wahlkampftour“ der rassistischen Pro-NRW. Am Bahnhof Essen-Kray Nord.

Am Samstag, den 28. April 11:00 Uhr startet die rassistische Partei Pro NRW ihre „Wahlkampftour“ – und das ausgerechnet in Essen, vor der Yavuz Sultan Selim Moschee am Heinrich-Sense-Weg 77 am Bahnhof Essen-Kray Nord.

Essen-stellt-sich-quer ruft dort ab 10:30 zur Protestkundgebung auf: Mit ihrem

Motto „Freiheit statt Islam“ wollen sie unser friedliches Zusammenleben zerstören.

Wir werden den ungebetenen Besuch gebührend empfangen! Wir dulden nicht, dass die Herkunft oder Religion unserer Freunde und Nachbarn rassistisch mißbraucht wird!



Die Menschen in Gladbeck haben beim Ratsbürgerentscheid – gegen den Willen von CDU, SPD, FDP, (Gladbecker) Grünen und Industrie- und Handelskammer – dieser Transitautobahn eine eindeutige Absage erteilt. Bereits am Tag danach versuchen Politiker und Wirtschaft diese Ergebnisse umzudeuten. Gleichzeitig kommen Pläne ans Tageslicht, eine Schneise der Zerstörung durch Altenessen zu schlagen. Was macht Oberbürgermeister Paß (SPD) und die CDU? Unbeeindruckt fordern sie den Bau der A52. Die SPD-Ratsfraktion nimmt an einer Abstimmung im Rat, mit der dieser Unsinn hätte beendet werden können, noch nicht einmal teil. Mindestens im Essener Norden sollten die Menschen Konsequenzen daraus ziehen – diese Parteien sind nicht wählbar.

Ja, ich will auch ein kostenloses rotlicht-Abo

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ab schicken an: DKP Essen, Hoffnungstraße 18,
45127 Essen www.dkp-essen.de
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

TERMINE

- Gruppentermine der 5 Stadtteilgruppen unter 0201 - 23 56 45
- Sonntag, 29.04.2012, 16.00. Maifeier der DKP im Bürgerhaus Oststadt: Motto: Rettungsschirme für alle
- Dienstag, 01. Mai, Kampftag der Arbeiterklasse. Die DKP beteiligt sich an der Demonstration, auf dem Burgplatz und auf der Zeche Carl beim Kulturfest
- Dienstag, 08. Mai, Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Kundgebung in Altenessen und VVN-Veranstaltung in der VHS
- Freitag, 11. Mai, 60. Jahrestag der Ermordung von Philipp Müller
- Sonntag, 13. Mai, Landtagswahl in NRW
- 25.-28. MAI, Pfingstcamp der SDAJ